

Friedensgebet
Für Grundwerte streiten
153 Jahre SPD – 67 Jahre Grundgesetz
Nikolaikirche Leipzig, 23. Mai 2016

Gebet

Lasst uns beten:

Gott, unser Vater,

Dir verdanken wir unser Leben.

Du rufst uns in die Verantwortung für diese Welt.

Schenke uns jeden Tag neu

die Geistesgegenwart, deinem Ruf

und den Wegweisungen Jesu zu folgen.

Lass uns achthaben auf den Nächsten,

damit Gerechtigkeit, die Ehrfurcht vor dem Leben

und Frieden unter uns wachsen.

Das bitten wir um Jesu Christi willen.

Amen.

Ansprache

Mancher wird sich skeptisch fragen: Wieso gestaltet eine politische Partei ein Friedensgebet? Werden hier nicht Grenzen verwischt, die zu ziehen eine Konsequenz sind aus der Trennung von Bürgergesellschaft und Religion, von Staat und Kirche? Die Fragen sind berechtigt. Doch gleichzeitig gilt: das, was getrennt werden soll, vereint sich in vielen Menschen. Es gibt eben überzeugte Christen, auch überzeugte Muslime oder Menschen jüdischen Glaubens, die sind Mitglied in einer politischen Partei. Damit ist nicht gesagt: ein Christ muss Mitglied einer Partei sein und schon gar nicht einer bestimmten Partei. Aber das andere gilt auch: ein Christ kann zu einer Partei gehören und sogar auch zur SPD, obwohl das Verhältnis von SPD und Kirchen vor allem in den ersten 100 Jahren mehr als gespannt war. Allein daran merken wir, dass in Sachen Religion und Gesellschaft zusammenkommt, was zusammen gehört.

So sieht es auch unser Grundgesetz, dessen Geburtstag wir heute feiern. In diesem wird nicht getrennt. Es wird nicht gesagt, dass Religion und Staat nichts miteinander zu tun haben. Es wird das Zusammenwirken von Religionsgemeinschaften und Staat geregelt –

unter der Voraussetzung, dass Kirchen und Religionsgemeinschaften wichtige Funktionen im gesellschaftlichen Leben übernehmen: insbesondere im Bildungs-, Erziehungs- und Sozialbereich.

Weil das so ist, ist es völlig normal, dass wir in einem Friedensgebet diesen 23. Mai würdigen: 153 Jahre Sozialdemokratie, 67 Jahre Grundgesetz. Mehr noch: Es ist höchste Zeit, dass wir diesen Tag endlich zu einem Festtag machen – und zwar unter der Überschrift: Dankbarkeit. Dankbarkeit dafür, dass wir – trotz aller Probleme und Unzulänglichkeiten - unter den Bedingungen eines freiheitlichen, sozialen und demokratischen Rechtsstaates leben und arbeiten können, ein Verdienst vor allem auch der Sozialdemokratie. Dankbarkeit dafür, dass in einem sehr mühsamen, über Jahrhunderte andauernden Prozess erreicht wurde, dass sich im gesellschaftlichen Leben das niedergeschlagen hat, was Jesus seinen Anhängern einmal so ins Stammbuch geschrieben hat:

Ihr wisst, die als Herrscher gelten, halten ihre Völker nieder, und ihre Mächtigen tun ihnen Gewalt an. Aber so ist es unter euch nicht; sondern wer groß sein will unter euch, der soll euer Diener sein; und wer unter euch der Erste sein will, der soll aller Knecht sein.

Markus 10,42-44

Hintergrund dieser Mahnung ist der Versuch von zwei Anhängern Jesu, sich eine besondere Stellung zu sichern. Das führte zu einem Konkurrenzkampf und Machtgerangel. Den Konflikt versuchte Jesus dadurch aufzulösen, dass er den autoritären Systemen ein demokratisches, gleichberechtigtes Miteinander gegenüberstellte:

wer groß sein will unter euch, der soll euer Diener sein; und wer unter euch der Erste sein will, der soll aller Knecht sein.

Damit legte Jesus – immerhin vor 2000 Jahren – in kürzester Form 1. eine Herrschaftsanalyse vor und 2. eine knappe Handlungsanweisung in Sachen Demokratie. Damit hat er für alle Zeiten nicht nur den Kirchen, sondern uns allen die Frage vorgelegt: In welcher Verfassung wollen wir leben, für welche Grundwerte wollen wir streiten?

Nun ist es mitnichten so, dass wir das Problem, was unter den Anhängern Jesu aufbrach, ein für alle Mal gelöst hätten. Da, wo Menschen zusammen leben und arbeiten - in der Familie, im Betrieb, in der Verwaltung, im Verein, im Kiez, in der Gesellschaft und natürlich auch in den Kirchen - entstehen Herrschaftsstrukturen. Da, wo dieses Zusammenleben keinen Regularien unterworfen ist, entwickeln sich unkontrolliert autoritäre Systeme. Da, wo nicht - wie es im Grundgesetz heißt - in „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ gehandelt wird, steht der Mensch in Gefahr, sich selbst zum Gott zu erheben. Dann sind Menschen aufgerufen, aufzustehen und zu fordern: So darf es unter uns nicht zugehen. Das war der Ausgangspunkt der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert. So gestaltete sich auch der Aufbruch zur Demokratie 1989. In diesem Sinn saßen auch die Mütter und Väter des

Grundgesetzes zusammen, um die Konsequenzen aus einer brutalen, menschenverachtenden Diktatur zu ziehen.

Wenn wir heute um Grundwerte streiten, dann geht es immer darum, Herrschaft einzugrenzen, um die Möglichkeiten und Fähigkeiten des Einzelnen zu fördern – damit dieser auch „dienen“, sich am Gemeinwohl beteiligen kann. Dieses „Dienen können“ setzt voraus, dass jede/r Bürger/in beteiligt ist an den gesellschaftlichen Prozessen – etwas, was heute überhaupt nicht als gegeben angesehen werden kann. Darum sind die Grundwerte unserer Verfassung von so entscheidender Bedeutung. Sie wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein gleichberechtigtes Miteinander in der Gesellschaft ermöglicht, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner religiösen und weltanschaulichen Überzeugung benachteiligt wird, dass Minderheiten geschützt und der Einzelne durch den Rechtsstaat vor der Allmacht des Staates bewahrt werden.

Als vor 46 Jahren in Westdeutschland die gerade 20 Jahre alte Demokratie durch die '68er-Bewegung einem notwendigen Erneuerungsprozess unterzogen wurde, hielt der ehemalige Bundespräsident Gustav Heinemann wenige Tage nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 14. April 1968 eine kurze, aber eindrucksvolle Fernsehansprache. In dieser fielen die folgenden Sätze:

Das Kleid unserer Freiheit sind die Gesetze, die wir uns selber gegeben haben. Diesen Gesetzen die Achtung und Geltung zu verschaffen, ist Sache von Polizei und Justiz. ... Wichtiger aber ist es, uns gegenseitig zu dem demokratischen Verhalten zu verhelfen, das den Einsatz von Justiz und Polizei erübrigt. ... Unser Grundgesetz ist ein großes Angebot. Zum ersten Mal in unserer Geschichte will es in einem freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat der Würde des Menschen volle Geltung verschaffen. In ihm ist Platz für eine Vielfalt der Meinungen, die es in offener Diskussion zu klären gilt.

Mit diesen Gedanken unterstrich der Sozialdemokrat und evangelische Christ Heinemann: Die Demokratie lebt von Beteiligung jedes Einzelnen, vom Wechselspiel der Kontroverse, des Streites und der Notwendigkeit des Kompromisses. Demgegenüber ist die Diktatur die rechtlose Willkürherrschaft derer, die kulturelle, religiöse, politische Vielfalt mit Gewalt ausschalten und jeden Einspruch als Bedrohung unterdrücken wollen. Beteiligung beschränkt sich in der Demokratie aber nicht auf Wahlen. Sie beinhaltet gerechte Teilhabe und Teilnahme an Bildung, Arbeit, Einkommen. Doch kann Demokratie nicht automatisch soziale Gerechtigkeit erzeugen, aber ohne demokratische Entscheidungsprozesse wird es sie nicht geben. Darum erweisen sich alle Versuche, den Menschen jenseits von Freiheit und Demokratie bessere soziale Lebensbedingungen und Sicherheit zu versprechen (wie das die neu-rechten Parteien zu tun pflegen) als gefährliche Täuschung. Wer Freiheit der Sicherheit opfert, wer Freiheit mit der bewussten Abwertung von Menschengruppen verbindet (und

damit beginnt jede autoritäre Herrschaft), spielt mit dem Feuer. Zwar benötigt die Freiheit ein gewisses Maß an Sicherheit, aber Sicherheit kommt – wie die Geschichte und Gegenwart schmerzhaft lehren - ganz gut ohne Freiheit aus.

Weil das so ist, müssen wir für die Demokratie und ihre Grundwerte streiten. Dafür steht seit 153 Jahren die Sozialdemokratie. In dieser Auseinandersetzung sind wir aber auch angewiesen auf die Kirchen und ihren Beitrag. Gustav Heinemann hat darauf hingewiesen, dass Grundrechte nicht Ausdruck der Selbstbehauptung, der Autonomie des Menschen sind, sondern „*Dämme gegen die Sturzfluten, mit denen der Mensch Seinesgleichen zu entwürdigen oder auszubeuten immer wieder versucht ist*“. Kirche sollte nicht abseits stehen, wenn es um die Verteidigung der Demokratie und ihrer Grundwerte geht. Denn abseits stand sie – von wenigen Ausnahmen abgesehen - im 19. Jahrhundert lange genug. Neutralität gegenüber der Demokratie kann und darf es nicht geben. Der bedeutende Schweizer Theologe Karl Barth, übrigens Mitglied der SPD, hat schon mitten in der Nazizeit 1938 gemahnt:

Die Phrase von der gleichen Affinität bzw. Nicht-Affinität aller möglichen Staatsformen dem Evangelium gegenüber ist nicht nur abgenützt, sondern falsch. Dass man in einer Demokratie zur Hölle fahren und unter einer Pöbelherrschaft oder Diktatur selig werden kann, das ist wahr. Es ist aber nicht wahr, dass man als Christ ebenso ernstlich die Pöbelherrschaft oder Diktatur bejahen, wollen, erstreben kann wie die Demokratie.

Darum: Haben wir den Mut, als Christen und als Sozialdemokraten, aber auch als Mitglieder einer anderen demokratischen Partei offen zu sagen: So soll es unter uns nicht sein. Aber bleiben wir den Menschen nicht die Antwort auf die Frage schuldig, wie es denn unter uns zugehen soll: demokratisch, offen, Streitbar, freiheitlich, dem Nächsten zugewandt, seine Eigenheiten respektierend und der eigenen Glaubenstradition verpflichtet. Amen.

Christian Wolff, Pfarrer i.R.

www.wolff-christian.de

info@wolff-christian.de